

# Annotierte Bibliografie

**Jutta Aumüller/Carolin Bretl: Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland, Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung, Berlin 2008.**

Die bereits 2008 erschienene Studie vom Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung mit dem Thema „Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland“ untersucht die Integration von Asylbewerbern, anerkannten Flüchtlingen und Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz in den Kommunen. Ziel ist es, positive Faktoren zu identifizieren, die die Integration von Flüchtlingen auf lokaler Ebene befördern können. Ausgehend von mehreren Leitfragen und anhand von vier Fallbeispielen (Berlin, München, Jena, Schwäbisch Hall) wurden bewährte Praktiken herausgestellt und Empfehlungen aufgestellt. Als Ergebnis der Studie lässt sich festhalten, dass sich der Fokus der Kommunen von einer Massenunterbringen und -versorgung in den 90er Jahren hin zu einer stärker individualisierten Betreuung gewandelt hat. Besonders formale Angebote der Kommunen wie Sprachkurse, Schülerhilfe, Berufspraktika oder berufliche Qualifikationen, fördern die soziale Integration von Flüchtlingen. Des Weiteren ist ein struktureller Unterschied zwischen den ostdeutschen (keine ausdifferenzierten Strukturen) und westdeutschen (umfassende Aufnahme- und Versorgungsstrukturen) Bundesländern zu erkennen. Die Verbesserung der sozialen Integration von Flüchtlingen in Kommunen kann nicht ohne die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgen – eine Aufgabe die Kommunen alleine nicht lösen können.

**Robert Bosch Stiftung (Hrsg.): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement, Stuttgart 2015.**

Die von der Robert Bosch Stiftung finanzierte Studie aus den Federn von Jutta Aumüller, Priska Daphi und Celine Biesenkamp thematisiert die behördliche Praxis der Kommunen im Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden. Insbesondere die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen im Lichte der verstärkten Zuwanderung durch Flüchtlinge werden unter der Berücksichtigung gesetzlicher und föderaler Vorgaben und der Interaktion der lokalen Bevölkerung aufgezeigt. Die Studie deckt dabei den Zeitraum bis zum Frühjahr 2015 ab. Konkret wird das Spannungs-

verhältnis zwischen rechtlicher Verpflichtung der Kommunen und der Akzeptanz der örtlichen Bevölkerung in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Hier setzt die Studie an und erörtert, welche Handlungsmöglichkeiten die Kommunen im Kontext bundesgesetzlicher und föderaler Vorgaben haben. Auch die Vermittlung und Kommunikation seitens kommunaler Stellen gegenüber der lokalen wird behandelt. Erklärtes Ziel der drei Autorinnen ist es, die Handlungskompetenz kommunalpolitischer und zivilgesellschaftlicher Akteure zu stärken, um lokal angepasste Strukturen für den Umgang mit Flüchtlingszuwanderung zu schaffen.

**Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstellt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin 2012.**

Basierend auf quantitativen Erhebungen und qualitativen Befragungen von Städten, Gemeinden und Landkreisen versucht die Studie zu beantworten, in wie weit die Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik in den Kommunen bekannt sind und wie sich die Integrationspolitik der Kommunen auf diesen Feldern gestaltet. Die Studie stellt fest, dass die deutschen Kommunen Integration als ein zentrales Themenfeld betrachten. Dabei haben sich viele Gemeinden davon gelöst, Integration als Problem zu sehen, sondern sehen die Potenziale von Integration. Weiterhin stellt sie fest, dass größere Städte Integration häufig bereits als Querschnittsaufgabe von Politik und Verwaltung gestalten, dieser Ansatz in kleineren Gemeinden aber häufig noch zu wenig ausgeprägt ist. Die Kommunen sehen Handlungsbedarf vor allem im Bereich der Rahmenbedingungen seitens übergelegener Ebenen oder im Bereich der Datenlage. Die Studie schlussfolgert, dass Integration strategisch als „kooperative Querschnittsaufgabe“ von Bund, Ländern und Kommunen zu denken sei. Kommunen, die sich bereits heute dem Thema derart strategisch nähern, seien deutlich aktiver im Bereich der Integration.

**Generali Engagementatlas 2015: Rolle und Perspektiven Engagement unterstützender Einrichtungen in Deutschland, Köln 2016.**

Der Generali Engagement Atlas möchte die Knotenpunkte für bürgerliches Engagement erfassen, diese Koordinierungsstellen evaluieren und Verbesserungspotenzial aufzeigen. Basierend auf einer quantitativen Erhebung über die Verteilung der verschiedenen Einrichtungstypen wurden mittels qualitativer Methodik die Herausforderungen der Einrichtungen erarbeitet. Als Ergebnis hält die Studie fest, dass es trotz großen finanziellen Einsatzes bisher nicht gelungen ist, eine nachhaltige Infrastruktur zur Förderung bürgerlichen Engagements zu schaffen. Zwar ist die Leistungsbereitschaft in den einzelnen Einrichtungen enorm, die fehlende Gesamtstrategie lässt diese allerdings hinter den strukturellen Problemen verblassen. Die Studie führt abschließend Handlungsempfehlungen auf. Diese zielen vor allem auf die Schaffung einer professionellen unterstützenden Gesamtstruktur.

**Frank Gesemann/Roland Roth: Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik. Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Eine Studie des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI), Berlin 2016.**

Diese Umfrage zur kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik hat das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) von Januar bis März 2016 erhoben. Städte, Landkreise und Gemeinden sehen sich aktuell zentralen Aufgaben und Herausforderungen gegenübergestellt. Schwerpunkte der Befragung waren, wo genau wichtige Ressourcen und besondere Unterstützungsbedarfe bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen gesehen werden und inwieweit eine strategische Steuerung von Integrationspolitik erfolgt. Die Erhebung wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt und von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration unterstützt.

**Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement: Flüchtlingsmanagement. Kommunale Steuerungsmaßnahmen durch Risikomanagement entwickeln, Köln 2016.**

Die Studie stellt einen Leitfaden für die Steuerung der aktuellen Flüchtlingssituation dar. Dabei fußt sie auf einer Befragung der zentralen Akteure aus Städten, Kreisen und Kommunen, die die größten Herausforderungen und Problemlagen zum Thema hatte. Aus den genannten Problemfeldern wurden im Folgenden Handlungsempfehlungen abgeleitet. Die Studie zeigt

ein vertrautes Bild. Die Hauptproblemfelder werden im Bereich Arbeit, Bildung, Unterbringung und Verwaltung gesehen. Darüber hinaus werden finanzielle und soziale Risiken genannt. Im Rahmen der Methodik des Risikomanagements erarbeitet die Studie über 90 Steuerungsmaßnahmen, die Kommunen an die Hand gegeben werden.

**Navid Kermani: Einbruch der Wirklichkeit. Auf dem Flüchtlingstreck durch Europa, München 2016.**

Navid Kermani ist dem Flüchtlingsstrom auf der „Balkanroute“ im Herbst 2015 entgegengereist und hat seine Eindrücke darüber verschriftlicht. In seinem 96-seitigen Buch beschreibt er die Lage an der türkischen Westküste, wo sich tausendfach Flüchtlinge in einfachsten Verhältnissen auf eine gefährliche Seeüberfahrt nach Europa wagten. Von der griechischen Insel Lesbos berichtete er von den Lebensumständen derer, die die Überfahrt überstanden hatten. Kermani sprach mit freiwilligen Helfern und Politikern vor Ort, vor allem aber auch mit Flüchtlingen aus Syrien und Afghanistan. In seinem Buch versucht er, die Flucht-motive der einzelnen Menschen zu beleuchten und die Frage zu beantworten, warum das Gros der Flüchtlinge nach Deutschland wollte. Er verdeutlicht, welche kulturellen und politischen Konflikte die Menschen zur Flucht bewogen haben.

**Karl-Heinz Meier-Braun: Die 101 wichtigsten Fragen. Einwanderung und Asyl, München 2015.**

Mit seiner im Jahr 2015 erschienen Monographie „Die 101 wichtigsten Fragen. Einwanderung und Asyl“ gibt der Journalist Karl-Heinz Meier-Braun, der zudem als Honorarprofessor an der Universität Tübingen Politikwissenschaft lehrt, Antworten auf die wichtigsten Fragen zu Migration, Flüchtlinge und Asyl. In neun Kapiteln, etwa zu Geschichte, Begrifflichkeiten und Recht, werden alle wesentlichen Aspekte des Themas aufgegriffen und umfassend erläutert. Die faktenreichen Ausführungen des Autors, seine klare Sprache und gelegentliche Auflockerungen (etwa Frage 8: „Hatte Goethe türkische Vorfahren?“) machen das Buch zu einem wertvollen, leicht verständlichen Nachschlagewerk.

**Andreas Müller: Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Nürnberg 2013.**

Die Studie thematisiert die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland. Sie enthält Erläuterungen zur föderalen Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern und zeigt darüber hinaus

verschiedene Formen der Unterbringung von Asylsuchenden und die ihnen gewährten Leistungen auf. Das Working Paper, das von der deutschen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als deutscher Beitrag für eine europaweit vergleichende Untersuchung der Asylbewerberunterbringung erstellt und aus EU-Mitteln kofinanziert wurde, zeichnet detailliert den Ablauf der (föderalen) Unterbringung von der Ankunft bis zum Asylantrag nach: Zur Erstunterbringung haben die einzelnen Bundesländer Aufnahmeeinrichtungen geschaffen, an die die Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge angeschlossen sind. Sobald der Asylantrag gestellt ist, werden Asylsuchende nach bis zu sechs Wochen – spätestens jedoch nach drei Monaten – in Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung untergebracht. Diese Aufgaben haben die meisten Bundesländer an die Kommunen übertragen. Die Unterbringung erfolgt in Gemeinschaftsunterkünften, in Einzelwohnungen sowie in speziellen Einrichtungen für Personen mit besonderen Schutzbedürfnissen (unbegleitete Minderjährige, traumatisierte Asylsuchende und Opfer sexueller Gewalt).

**Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Integration im föderalen System. Bund, Länder und die Rolle der Kommune, Berlin 2012.**

Das Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer zu „Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen“ befasst sich mit dem Integrationsdiskurs in Deutschland. Einerseits sollte herausgearbeitet werden, ob sich das Integrationsklima, aufgrund der teils abwertend geführten Auseinandersetzung über Flüchtlinge und Integration, verschlechtert hat. Dazu wurden das Integrationsbarometer 2012 mit den Ergebnissen der Integrationsbarometer 2010 und 2011 verglichen. Im Zentrum des Jahresgutachtens 2012 stand die Integration und Integrationspolitik im föderalen Mehrebenensystem, mit besonderem Bezug auf die Kommunen. Das Jahresgutachten stellt zehn Kernbotschaften heraus, die sich auf verschiedene Bereiche beziehen. Dazu gehören die Definition von Problemen und Reformvorschlägen auf der Bundesebene, Landesebene und Kommunalebene sowie die Reduzierung der Komplexität des föderalen Systems. Während sich die Migrationspolitik in den letzten Jahren entwickelt hat (Korrektur einer auf Abwehr ausgelegten Zuwanderungspolitik), ist dies in der Integrationspolitik in diesem Umfang nicht der Fall. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass es integrationspolitischen Re-

form- und Handlungsbedarf (z. B. Bildung und Arbeitsmarkt) gibt. Die komplexe föderale Aufgaben- und Kompetenzverteilung erschwert Reformen jedoch und macht eine starke Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erforderlich.

**Schader-Stiftung: Rahmenbedingungen kommunaler Integrationspolitik, Darmstadt 2011.**

„Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ ist eine Studie der Schader-Stiftung, welche sich mit dem Thema der Zuwanderung in kleinen und mittleren Städten des ländlichen Raums befasst. Die Voraussetzungen für eine gelungene Integration von Zuwanderern in ländlichen Regionen sollten herausgearbeitet und anhand von 12 Städten und Gemeinden in acht Landkreisen ein bundesweiter Vergleich gezogen werden, der die unterschiedlichen wirtschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen im Zuwanderungsgeschehen mit einbezieht. Anhand dieses Vergleichs sollten Weiterentwicklungen der Integrationsarbeit vor Ort ermittelt und Erfahrungsaustausch durch Netzwerktreffen und Diskussionsprozesse gefördert werden. Durch die Umsetzung und Erarbeitung der Ziele konnten neue Erkenntnisse und Erfahrungen gewonnen sowie neue Strukturen und Netzwerke in den beteiligten Kommunen angeregt und unterstützt werden. Zusätzlich kam es zu einer Unterstützung und Bestätigung der Integrationsarbeit vor Ort und führte zu einer Sensibilisierung der Politik und Öffentlichkeit für das Thema der Integration. Schlussendlich hat das Projekt wichtige Impulse gegeben, die das integrationspolitische Klima in den Kommunen reflektiert, gefördert und weiterentwickelt haben. Die Studie hat zudem einen Beitrag für die Implementierung und Förderung von Integration im ländlichen Raum geleistet.